

Der Vorsitzende erläutert die bisherige Entwicklung in der Sache seit der ersten Vorlage in der RV im Dezember 2015 und Herr Mohr führt dazu weiter aus.

Der Ausschuss wird über den in mehreren stattgefundenen Vernetzungstreffen mit politischen Parteien, interessierten Schülern und Jugendorganisationen ergänzten Antrag informiert. Änderungsanträge anderer Fraktionen sind bisher nicht eingegangen.

Im November 2017 solle die landesweite Wahl zum neu gegründeten Jugendgremium stattfinden, und in der Zeit bis dahin seien noch inhaltliche Ausgestaltungen und Vorbereitungen zu treffen.

Anschließend folgt eine Frage- und Diskussionsrunde.

Der Vorsitzende bringt zum Ergänzungsantrag zwei Änderungen ein:

zu 5.: Streichung der letzten Satzes, es könnte rechtlich bedenklich sein, dass die vom Land finanzierten Schulsozialarbeiter/-innen auch für die Demokratiebildung zuständig sein sollen,  
zu 7.: hier werden die ersten beiden Sätze gestrichen, der letzte Satz wird geändert in:  
„Für das neu zu gründende Gremium wird ab 2017 als jährliches Budget 5000 Euro zur Verfügung gestellt.“

Die Frage, wo die FSJ-Stelle organisatorisch angebunden werden solle und wer für die Anleitung der FSJ-Kräfte zuständig sei, wird durch Herrn Ersten Stadtrat Hillgruber dahingehend beantwortet, dass die Zuständigkeit bei der Abteilung 40.4 liegen müsse.

Eingehend diskutiert wird, ob eine Entscheidung dringlich zu treffen sei, da auf der einen Seite noch weiterer Klärungsbedarf gesehen werde und die Etablierung eines neuen Jugendgremiums bedeutsam sei und gut vorbereitet werden sollte.

Andererseits wird angemerkt, dass wegen der noch notwendigen inhaltlichen Ausgestaltung und Vorbereitungen ein gewisser Handlungsdruck gegeben sei.

Einigkeit besteht dahingehend, dass ein breiter Konsens gefunden werden solle und dass der verbreitet geringen Wahlbeteiligung sowie Wahlfrustration entgegengewirkt werden solle. Außerdem gebe es zzt. eine zu überwindende Lücke zwischen den bereits in Kindertagesstätten gelebten Partizipationsmöglichkeiten der Kinder und der Schulzeit, in der es keine vergleichbaren Mitbestimmungsmöglichkeiten für die SchülerInnen gebe .

Die Mitglieder der CDU stellen einen Vertagungsantrag, über den der Vorsitzende abstimmen lässt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	4
Nein-Stimmen:	7
Enthaltungen:	1

### **Beschluss:**

Vertagt